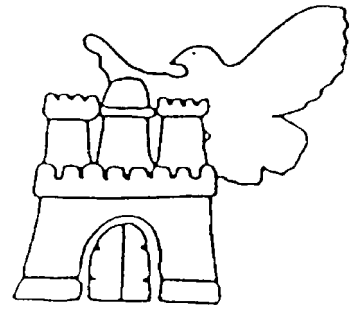


# HAMBURGER FORUM

## RUNDBRIEF NR. 07/15

[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

25. September 2015

an der Demonstration zum Antikriegstag nahmen etwa 500 Menschen teil. Die Vorbereitungen waren nicht einfach gewesen, denn die Vorstellungen gingen in einigen Punkten doch recht weit auseinander, und eine gemeinsame Diskussion fiel uns allen nicht leicht. Das zeigte sich auch auf der Demonstration, wo insbesondere ein Transparent zum Krieg in der Ukraine und ein weiteres zum bewaffneten Widerstand in Rojava das Missfallen von jeweils unterschiedlichen Teilen der MitdemonstrantInnen erregte. Wir üben auf unseren Demonstrationen keine Zensur von unterschiedlichen, selbst gegensätzlichen antimilitaristischen Inhalten aus. Uns eint die gemeinsame Gegnerschaft gegen den deutschen und US-amerikanischen Militarismus und dafür (oder besser dagegen) sind wir gemeinsam auf die Straße gegangen. Die Einschätzungen zum Krieg in der Ukraine und in der Türkei/Syrien (und auch zu anderen Themen) liegen dagegen recht weit auseinander. Angesichts der Offensive der militärischen Hardliner in der Nato und in Deutschland sollten wir uns aber nicht vom gemeinsamen Handeln gegen die daraus resultierende Kriegsgefahr abhalten lassen.

Bei der Auftaktkundgebung am Kriegsklotz mussten wir feststellen, dass gerade an diesem Tag die Bauarbeiten für das Deserteursdenkmal begonnen hatten. Dadurch war es ziemlich eng. Aber der Anlass war ja erfreulich. Wolfgang Gehrcke erinnerte sich in seiner Rede bei der Auftaktkundgebung, wie er schon vor Jahrzehnten den Kriegsklotz mit Farbbeuteln beworfen und seinen Abriss gefordert hatte. Jetzt erhält das Kriegerdenkmal neben dem Anfang der 1980er Jahre errichteten Gedenkmal von Alfred Hrdlicka als weitere Ergänzung ein Deserteursdenkmal.



Wolfgang Gehrcke beim Auftakt

Wir dokumentieren hier die Reden von Ilse Jacobs, VVN/BdA, und Olaf Harms, Ver.di Hamburg, während der Antikriegstagsdemo. Zudem drucken wir die Rede der DGB-Vorsitzenden Katja Karger ab, die sie bei der Kranzniederlegung in Ohlsdorf hielt.

Gegen den Versuch von Neofaschisten, in Hamburg einen „Tag der Patrioten“ durchzuführen, gingen wesentlich mehr DemonstrantInnen auf die Straße als am Antikriegstag. Es waren schließlich 20.000 Menschen, die am 12. September gegen Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus demonstrierten. Auch wir hatten zu dieser Demonstration aufgerufen.

Hoffentlich mindestens ebenso groß wird die Demonstration am 10.10. gegen den Freihandel à la TTiP und Co. in Berlin. Freihandel im Kampf um Rohstoffe und Märkte – das führt zu Ausbeutung und Krieg. Von Hamburg aus bieten verschiedene Organisationen Busse an. Gewerkschaftsmitglieder können sich bei ihrer Gewerkschaft melden und kostenlos mitfahren. Auch die Linke und attac organisieren Fahrgelegenheiten.

**TTiP und CETA stoppen – für einen gerechten Welthandel!**  
**Demonstration 10.10.2015 ● 12 Uhr ● Berlin/Hauptbahnhof ● Washingtonplatz**

Weitere Infos findet ihr unter [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de) und auf den Internetseiten der genannten Organisationen.

In Hamburg bereiten wir zurzeit zwei Veranstaltungen vor:

### Kriegsgefahr in Lateinamerika?

**Diskussionsveranstaltung mit André Scheer und Generalkonsul Bernado Borges  
Dienstag, 13.10.15 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus, Raum GBW ● Rothenbaumchaussee 15**

Des Weiteren beteiligen wir uns an der Veranstaltungsreihe „Griechenland in der Krise“:

### Geostrategische Implikationen der Griechenlandkrise

**Diskussionsveranstaltung mit Claudia Haydt  
Mittwoch, 11.11.15 ● 19.00 Uhr ● Georg-Asmussen-Haus (Kaffeewelt) ● Böckmannstr. 3**

Informationen zu den übrigen Veranstaltungen der Reihe findet ihr auf unserer Internetseite oder unter [www.kapitalismus-in-der-krise.de](http://www.kapitalismus-in-der-krise.de). Die Flugblätter zu beiden Veranstaltungen findet ihr auf der letzten Seite dieses Rundbriefs.

Zum Krieg gegen die Kurden in der Türkei und in angrenzenden Ländern dokumentieren wir einen Aufruf des DIDF-Bundesvorstands. Wir bitten um Aufmerksamkeit für kommende Aktivitäten zu diesem Thema und werden über unseren E-Mail-Verteiler darüber informieren – der Papierrundbrief ist dafür zu schwerfällig.

Wer sich stärker friedensbewegt engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

**Dienstag, 6. und 20.10., 3. und 17.11. ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15**

Wer teilnehmen möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

*Markus Gunkel*

## Antikriegstag 2015

**Traditionell legen die Gewerkschaften am Antikriegstag einen Kranz auf dem Ohlsdorfer Friedhof am Mahnmal für die Opfer der NS-Verfolgung nieder. So auch in diesem Jahr. Wir dokumentieren an dieser Stelle die Rede der DGB-Vorsitzenden Katja Karger, die sie uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich möchte Euch herzlich danken, dass Ihr heute hier zur Kranzniederlegung gekommen seid.

Zum Jahrestag des Überfalls auf Polen durch die deutsche Wehrmacht gedenken wir in tiefer Demut der Opfer von damals. 60 Millionen Tote hat dieser Vernichtungskrieg gefordert. Die Erinnerung daran durch den heutigen Tag ist eine wichtige Tradition, die uns immer gemahnt: Wir wollen „Nie wieder Krieg“.

In diesem Jahr gibt es eine traurige Aktualität, denn unsere Forderung ist wichtiger denn je und ihre Umsetzung zugleich so fern wie nie. 21 Kriege und 424 Krisenherde weltweit. Heute sind so viele Menschen weltweit auf der Flucht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Sie sind auf der Flucht vor politischen, ethnischen und religiösen Konflikten. Vor Krieg und Bürgerkrieg. Vor Armut und Ausbeutung. Nicht nur die deutsche Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern vor allem unsere Menschlichkeit. Deswegen sind wir sehr froh über die Hilfsbereitschaft der Hambur-

ger/innen, der vielen Engagierten, die sich um ein echtes Willkommen kümmern.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind bestürzt und beschämt darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Wir verurteilen zutiefst die abstoßenden Angriffe auf Menschen, die Zuflucht bei uns suchen.

Rechtsextreme sind dabei vielfach die Drahtzieher. Deswegen ruft der DGB für den 12. September zur Demo gegen die Nazis auf, die an dem Tag in Hamburg Stimmung machen wollen. „Nie wieder Faschismus“ ist unsere politische Leitlinie – und deswegen müssen wir uns allen rechten Umtrieben entschieden in den Weg stellen. Dieses Gedankengut wollen wir in der Stadt nicht haben und auch kein Forum dafür bieten.

Die Würde des Menschen ist und bleibt unantastbar. Die Grundrechte gelten für alle Menschen innerhalb Hamburgs, Deutschlands und Europas, egal woher sie kommen. Diese Rechte müssen von allen europäischen Staaten anerkannt und umgesetzt werden. Diejenigen, die vor Terror und Krieg nach Europa fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Die Europäische Union muss denjenigen helfen, die auf der Flucht über das Mittelmeer in Lebensgefahr geraten. Und sie muss Lösungen für das Elend finden, was sie durch die eigene Subventionspolitik in anderen Ländern anrichtet.

Die Asylbewerber, Flüchtlinge, Geduldeten brauchen eine menschenwürdige Aufnahme und Perspektiven auf soziale und wirtschaftliche Integration in Europa. Es ist beschämend, wie Europa darüber feilscht, welcher Mitgliedsstaat wie viele Menschen aufnehmen kann. 70 Jahre

nach Kriegsende sollten Nationalismen und Ressentiments in Europa keinen Platz mehr haben.

Die aktuelle Flüchtlingssituation macht – ebenso wie die europäische Finanzkrise mit dem darauf folgenden griechischen Drama – überdeutlich, wo die europäische Union heute steht: Als neoliberale Wirtschaftseinheit schert sie sich nicht um die sozialen Belange ihrer Bewohner und Einwanderer.

Dem werden wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch künftig laut und entschieden entgegen treten. Denn wir Europäerinnen und Europäer haben die Erfahrung von Krieg und Flucht, Elend und Armut – wir wissen, dass Krieg niemals eine Lösung ist.

Solange deutsche Waffen Exportschlager bleiben, werden wir uns die Frage nach der eigenen Verantwortung an den aktuellen Fluchtbewegungen gefallen lassen müssen.

Und deswegen engagieren wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns für den weltweiten Frieden, für die Völkerverständigung und das demokratische Miteinander.

Nie wieder Krieg. Und nie wieder Faschismus.

---

### **Ilse Jakobs, VVN/BdA, bei der Auftaktkundgebung am Antikriegstag**

---

„Die Ziele sind ... Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann. Zu diesem Zweck werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte ... aufgelöst.“

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“

„Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

„In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern ...“

Das sind Zitate aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, unterschrieben von den Staatsoberhäuptern Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion.

Wie sähe Deutschland heute aus, wenn diese Festlegungen verwirklicht worden wären?

Es gäbe keine Bundeswehr, d. h. es gäbe keine deutschen Soldaten im Kosovo, in Afghanistan und Mali, im Mittelmeer, in der Türkei und in den Staaten rund um Russland (diese Aufstellung ist unvollständig).

Es gäbe kein Werben fürs Sterben an Arbeitsagenturen, Schulen und Hochschulen.

Deutschland wäre nicht der viertgrößte Waffenlieferant der Welt, d. h. in den Kriegen in Syrien, im Irak, in Libyen, im Jemen, in Somalia kämen keine deutschen Waffen zum Einsatz (auch diese Aufzählung ist unvollständig).

Aus der Erkenntnis, dass wirtschaftliche Macht zur Durchsetzung undemokratischer Ziele missbraucht werden kann, gäbe es keine Großkonzerne wie Deutsche

Bank, Allianz, BASF, Siemens, Airbus, Krupp-Thyssen AG ( auch diese Aufzählung ist natürlich unvollständig).

Es gäbe kein KPD-Verbot, aber ein Verbot der NPD und anderer neofaschistischer und rechtspopulistischer Organisationen.

Es gäbe keinen Bundespräsidenten, der wie Gauck für ein Aufgeben der militärischen Zurückhaltung und für ein größeres militärisches Engagement Deutschlands plädiert und den Eindruck erweckt, am deutschen Wesen solle wieder einmal die Welt genesen.

Das 1949 verabschiedete Grundgesetz ermöglichte noch eine antifaschistische, entmilitarisierte, entmonopolisierte und wirklich demokratische Entwicklung Westdeutschlands. Der Kalte Krieg, der schon mit dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima eingeleitet wurde, verhinderte eine solche Entwicklung.



Ein Demonstrant beim Auftakt

Unter dem Motto „Tag der deutschen Patrioten“ wollen am 12. September Neonazis, Hooligans und Rassisten durch Hamburg marschieren. Was für ein Irrwitz! Da nennen sich Leute „deutsche Patrioten“, die faschistische Ideologie wieder salonfähig machen wollen, genau die Ideologie, mit der in Deutschland der zweite Weltkrieg vorbereitet wurde. Wirkliche „deutsche Patrioten“, die zugleich auch immer Internationalisten waren, sind für mich Menschen wie Karl Liebknecht, der im ersten Weltkrieg erklärte, der Hauptfeind stehe im eigenen Land, oder Carl

---



von Ossietzky, der es seine patriotischste Aufgabe nannte, im eigenen Land Militarismus und Kriegsvorbereitung zu bekämpfen, oder die Hamburger Widerstandskämpfer, die in einem Flugblatt 1942 erklärten „Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg“ oder Peter Gingold, deutscher Kommunist, deutscher Jude und Mitkämpfer der französischen Résistance, der sagte: „Der einzige legitimierte Patriotismus damals war, dem eigenen Land die Niederlage zu wünschen“.

Diese Niederlage wünschen wir auch heute den deutschen Großmachtambitionen, der Militarisierung, dem Erstarren faschistischer Ideologien.

Deshalb lasst uns am 12. September so wie heute gemeinsam gegen den Aufmarsch der alten und neuen Nazis in Hamburg demonstrieren.

---

### **Olaf Harms, Landesvorsitzender von Ver.di Hamburg, bei der Abschlusskundgebung am Antikriegstag**

---

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 1. September 1939 entfachte das faschistische Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg, dem 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Es war der Auftakt zur industriellen Massenvernichtung in den Konzentrationslagern und zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht, der sich insbesondere gegen die Sowjetunion richtete. Die Konsequenz aus dieser Barbarei lautete im Nachkriegsdeutschland: Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind erschrocken und besorgt über die weltweit zunehmende kriegsgerische Gewalt. 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und 70 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges ist in der Welt noch immer, und in Europa wieder, der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.



Olaf Harms beim Abschluss

Unsere Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Tausende Menschen sind derzeit aus den Krisengebieten auf der Flucht – allein in Deutschland werden rund 800.000 Flüchtlinge in diesem Jahr erwartet. Sie flüchten, weil ihr Leben in ihrer Heimat von Krieg, Terror und Gewalt bedroht ist und sie keinen anderen

Ausweg als Flucht sehen. Dabei nehmen sie unsägliche Strapazen und Leid auf sich – bis hin zum Tod durch Ertrinken im Mittelmeer –, um nach Europa zu gelangen. Diese Menschen erhoffen sich hier eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Gewaltlosigkeit.

Die aktuelle Flüchtlingssituation macht – ebenso wie die europäische Finanzkrise mit dem darauf folgenden griechischen Drama – überdeutlich, wo die europäische Union mit Deutschland an der Spitze heute steht: Als neoliberale Wirtschaftseinheit schert sie sich nicht um die sozialen Belange ihrer Bewohner und Einwanderer. Dem werden wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch künftig laut und entschieden entgegenzutreten. Denn wir haben die Erfahrung von Krieg und Flucht, Elend und Armut – wir wissen, dass Krieg niemals eine Lösung ist.

Wir sind bestürzt und beschämt darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. Wir verurteilen zutiefst die abstoßenden Angriffe auf Menschen, die vor Verfolgung und Terror, vor Hunger und Not Zuflucht bei uns suchen. Wir heißen alle Flüchtlinge herzlich willkommen; jede und jeder verdient unser Mitgefühl, unsere Mitmenschlichkeit und unsere aktive Unterstützung.

Wir sind empört, dass Menschen, die Flagge zeigen für eine weltoffene und demokratische Bundesrepublik, die sich für Solidarität, Menschenrechte und Toleranz einsetzen, angegriffen werden. So wurde erst vor einigen Tagen die Scheune unserer Ver.di-Mitglieder Birgit und Horst Lohmeyer in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern in Brand gesetzt. Dadurch soll ein Klima der Angst erzeugt werden, in dem nur noch das erlaubt ist auszusprechen, was Geistesinhalt der extremen Rechten ist. Dem werden wir uns entgegenstellen. Wir werden Gewalt in Worten und Gewalt in Taten gegen Demokraten, Antirassisten und Flüchtlinge nicht dulden.

Auch um ein klares Zeichen gegen diese menschenverachtenden Umtriebe zu setzen, brauchen wir endlich ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen. Deshalb rufen wir auch auf zur Teilnahme an Gegenaktivitäten gegen Nazi-Hooligans, die am 12.09. in unserer Stadt ihren Tag der deutschen Patrioten begehen wollen. Wir sagen eindeutig: Kein Platz für Nazis, nicht in den Parlamenten, nicht im Stadtteil, nicht im Betrieb. Uns alarmiert die Tatsache, dass die Bundesregierung einseitig Partei ergreift für die Stationierung schwerer US-Waffen an der Grenze zu Russland und dass sich die Bundeswehr an einer 5000 Soldaten starken NATO-Expansionseinheit beteiligt.

Mit dem Aufbau einer schnellen NATO-Eingreiftruppe in Osteuropa sowie der geplanten Stationierung von neuen F22-Kampffjets der USA in Europa unterstreicht die NATO ihre Bereitschaft, das mit Faschisten durchgesetzte Regime in der Ukraine zu stützen, um die Konfrontation gegen Russland fortzusetzen. Diese NATO-Aggression hat das Potenzial, einen Krieg in Europa mit unabsehbaren Folgen auszulösen. Wenn die NATO-Denkfabrik „Joint Air Power Competence Centre“ (JAPCC) in ihren Strategiepapieren einen Krieg in Europa einkalkuliert und dafür auf einen „angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Fähigkeiten“ setzt, wird die Dimension der Kriegs-

gefahr deutlich. Alte Feindbilder werden bedient, Atom-  
mächte üben Krieg an den europäischen Außengrenzen  
und Deutschland macht mit.



Abimbola Adugbesan, Lampedusa in Hamburg, beim Abschluss

Um diese Kriegsentwicklung zu stoppen, muss unser  
DGB im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus mehr  
denn je Einheitsgewerkschaft sein, die für das erste Men-  
schenrecht auf Leben und in Würde weltweit einsteht.

Wir sagen:

JA! zur Abrüstung, zu Rüstungskonversion und ziviler  
Konfliktbearbeitung!

NEIN! zu Krieg, zu Gewalt und zu mehr Militär und  
Hochrüstung!

JA! zur Solidarität mit Flüchtlingen und sozialer Asyl-  
politik!

NEIN! zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

---

### **Türkei: Kriegsspirale auflösen – Frieden sichern**

**Erklärung des DIDF Bundesvorstandes vom 09.09.2015**

---

Die Türkei steht kurz vor einem Abgrund. Wenn das ver-  
hindert werden soll, müssen beide Seiten, sowohl die  
Staatsgewalt als auch die kurdische Bewegung, die Waf-  
fen niederlegen und erneut den Weg des Dialogs und Ge-  
sprächs einschlagen. Allein in den letzten Tagen sind in  
den Gefechten mehr als 60 Menschen, ob Soldaten, Zivi-  
listen, Kämpfer der PKK oder Polizisten, ums Leben ge-  
kommen. Genaue und verlässliche Zahlen sind aktuell  
nicht bekannt. Das muss ein Ende haben. Die Waffen  
müssen schweigen.

Die Regierung, die faktisch über keine demokratische  
Legitimation mehr verfügt, führt einen erbarmungslosen  
„Krieg“ in den kurdischen Gebieten. Die Bilder und Be-  
richte geben den berechtigten Eindruck, als würde eine In-  
terventionsarmee oder Streitkraft ein „feindliches Gebiet“  
besetzen und mit aller Macht bekämpfen.

In über 100 Gebieten wurde der Ausnahmezustand  
ausgerufen. In den kurdischen Gebieten wie Silopi, Cizre  
usw. schießen Scharfschützen der türkischen Sonderein-  
satzkommandos sogar auf Kinder. In vielen westlichen  
Städten wüten rassistische/faschistische Gruppen auf den  
Straßen und jagen KurdInnen. Büros der HDP werden vor  
den Augen der Polizeieinheiten niedergebrannt. Busse, die  
in die kurdischen Gebiete fahren, werden von faschisti-  
schen Horden angegriffen. Diese Liste der abstoßenden  
Taten und Entwicklungen können wir bedauerlicherweise  
lange fortführen. Abstoßend und zugleich symptomatisch  
für die Entwicklungen ist das Verhalten des Staatspräsi-  
denten R. T. Erdogan, der alles darauf setzt, die Zuspit-  
zung von Chaos, Hass und Gewalt anzutreiben. Vor weni-  
gen Tagen gestand er in einem Interview: „Das alles wäre  
nicht passiert, wenn wir (AKP) 400 Abgeordnete gewon-  
nen hätten“. Dafür erntete er zu Recht landesweit eine  
Welle der Empörung. Das ist die Inkarnation der Macht-  
besessenheit und Habsucht.

Die Völker in der Türkei (HDP) wie auch die interna-  
tionale Öffentlichkeit fragen sich, wie sollen unter diesen  
Zuständen die Neuwahlen stattfinden, die bekanntlich  
zum 1. November angesetzt sind. Das ist auch nach unse-  
rer Meinung die Taktik von R. T. Erdogan, gerade in den  
kurdischen Gebieten die HDP daran zu hindern, dort  
Wahlkampf zu führen, gar jegliche Rahmenbedingungen  
aufzuheben, um eine ordentliche Wahl insgesamt in diesen  
Gebieten zu verhindern. Eines ist klar: Die Herrschenden  
in der Türkei wollen Millionen von KurdInnen von den  
Wahlen ausschließen. Die formal eingerichtete „Über-  
gangsregierung“ ist mit dem Anspruch gegründet worden,  
die Wahlen am 1. November einzuleiten und abzusichern.  
Doch – die letzten Wochen zeigen das Gegenteil. Eine in-  
stabile Türkei wird Auswirkungen für den ganzen Nahen  
Osten haben. Auch wir hier in Europa werden die Folgen  
zu spüren bekommen.

Deswegen rufen wir die türkische Regierung auf, die  
Angriffe und die Gewalt zu beenden. Auch die PKK sollte  
unserer Meinung nach den Weg für einen Waffenstillstand  
suchen. Wir sind uns bewusst, dass die kurdischen Einhei-  
ten sich gegen eine Vernichtung wehren müssen und dass  
das kurdische Volk angesichts der Staatsgewalt die PKK  
als ihre Verteidiger wahrnimmt. Nichtsdestotrotz ist die  
einzige Lösung, die Waffen ruhen zu lassen und den  
schwierigen Weg des Friedens zu suchen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte und Friedensak-  
tivistInnen auf, sich für einen Frieden in der Türkei einzu-  
setzen und mehr Druck auf die deutsche Regierung zu ma-  
chen, damit die deutsche Regierung jegliche Hilfe und  
Unterstützung für die Türkei beendet und aufhört, die  
KurdInnen hier zu kriminalisieren.

---

Die Fotos in dieser Ausgabe wurden von Gerd Krützfeldt  
zur Verfügung gestellt.